

Russische Wirtschaft vor dem Aufschwung?

Götz, Roland

Veröffentlichungsversion / Published Version

Forschungsbericht / research report

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Götz, R. (2000). *Russische Wirtschaft vor dem Aufschwung?* (Aktuelle Analysen / BIOst, 24/2000). Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-45081>

Nutzungsbedingungen:

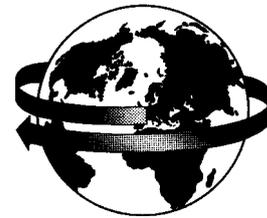
Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.



Aktuelle Analysen

Nr. 24/2000

4. April 2000

Russische Wirtschaft vor dem Aufschwung?

Zusammenfassung

Eine Analyse der Wirtschaftsentwicklung Rußlands seit Mitte 1998 zeigt Anzeichen eines beginnenden Wachstumsprozesses auf. Gleichzeitig sind wesentliche Reformvorhaben noch nicht abgeschlossen. Daher kann auf absehbare Zeit nur mit einem bescheidenen Wirtschaftswachstum gerechnet werden. Die wirtschaftspolitischen Absichten von Präsident Putin sind bislang nur andeutungsweise zu erkennen. Für die von ihm favorisierte radikale Wachstumsstrategie fehlen bisher die überzeugenden Ideen.

Wirtschaftsentwicklung 1998 bis Frühjahr 2000

Produktion: BIP, Industrie, Landwirtschaft

Nach vorläufigen statistischen Angaben hat das Bruttoinlandsprodukt Rußlands (BIP) im Jahr 1999 um ca. 3% zugenommen. Damit wurde der 1998 erfolgte 5%ige Produktionsrückgang größtenteils wieder ausgeglichen. Die Industrieproduktion verzeichnete 1999 ein Rekordwachstum von ca. 8%, während die landwirtschaftliche Produktion um nur ca. 2% zunahm, nachdem sie 1998 um 13% gesunken war. Für das hohe Wachstum der Industrieproduktion war vor allem der Rubel-Abwertungseffekt ausschlaggebend gewesen: Die Rubelabwertung von 1998 hatte ausländische Anbieter vom russischen Markt verdrängt und zu erheblich gestiegenen Rubelerlösen aus Exportgeschäften geführt. Die Landwirtschaft mußte dagegen neben ihren allgemeinen Problemen 1998 und auch wieder 1999 Mißernten beklagen.

Für das erste Vierteljahr 2000 meldet die Statistik eine Zunahme der Produktion in allen Wirtschaftssektoren in Höhe von 5-10%.

Verwendung: Privater Konsum, Investitionen, Außenbeitrag

Der private Konsum ist 1998 und 1999 um insgesamt 20% zurückgegangen, weil importierte Konsumgüter für weite Teile der Bevölkerung unerschwinglich geworden waren. Dagegen haben sich die Investitionen 1999 von ihrem 1998 erfolgten Rückgang deutlich erholt und entwickelten sich zum ersten Mal seit 1990 besser als der private Konsum. Im Zusammenhang mit der Nachzahlung von ausstehenden Löhnen und Gehältern sowie Renten könnte es im Jahr 2000 wiederum zu einem Aufholen der Konsumnachfrage kommen.

1999 hat der hohe Außenhandelsüberschuß belebend auf die Wirtschaftstätigkeit gewirkt. Freilich rührte er nicht von einer Zunahme der Exporte her, die 1999 auf dem Niveau von 1998 (ca. 74 Mrd. US-\$) verharrten, sondern vom Importrückgang (von 59 auf 41 Mrd. US-\$). Dem Handelsbilanzüberschuß von 33 Mrd. US-\$ bzw. dem Außenbeitrag (einschließlich Dienstleistungen) von ca. 15 Mrd. US-\$ steht allerdings eine Kapitalflucht gegenüber, die man für 1999 auf 15 Mrd. US-\$ schätzt. Es ist zu bezweifeln, daß sie durch administrative Maßnahmen wirklich reduziert werden kann: Eine Rückkehr des Fluchtkapitals ist nur als Folge einer faktischen Amnestie der illegalen Kapitalexporthure zu erwarten.

Prognose der Wirtschaftsentwicklung in Rußland

(Mittlere Variante)

	1997	1998	1999	2000	2001
Reale Veränderung geg, Vorjahr (%)					
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	0,8	-4,9	3,2	2,3	3,0
Brutto-Industrieproduktion	1,0	-5,2	8,1	4,0	5,0
Investitionen in Sachanlagen	-5,0	-9,7	1,0	2,0	4,0
Preisindex für Konsumgüter (Jahresdurchschnitt)	14,6	27,8	85,8	23,0	18,0
Wechselkurs (Jahresdurchschnitt, Rubel/US-\$)	5,78	9,71	24,72	31,00	34,00
Nominale US-\$					
BIP zu Kaufkraftparität (Mrd, US-\$)	631,9	607,2	635,2	662,8	696,3
BIP/Einwohner zu Kaufkraftparität (US-\$)	4296	4145	4351	4540	4769
BIP zum Wechselkurs (Mrd, US-\$)	443,0	277,8	181,1	179,8	211,1
Exporte (Mrd, US-\$)	89,0	74,8	74,5	76,7	79,0
Importe (Mrd, US-\$)	71,6	57,9	40,4	42,9	47,4
Saldo der Handelsbilanz (Mrd, US-\$)	17,4	16,9	34,1	33,8	31,6
Außenbeitrag ¹ (Mrd, US-\$)	4,1	1,6	22,6	19,3	17,5

¹ Current account, Saldo der Handels- und Dienstleistungsbilanz.

Datenquelle: Economist Intelligence Unit (EIU), Country Report Russia, I/2000, London. Eigene Berechnungen (R. Götz)

Einkommen der Bevölkerung, Arbeitsmarkt

1999 gingen die realen Geldeinkommen der Bevölkerung um ca. ein Drittel zurück, was trotz statistisch nicht erfaßter Tätigkeiten zu einer erheblichen Verschlechterung der sozialen Lage geführt hat. Für 2000 ist nur dann mit einem Zuwachs der Realeinkommen zu rechnen, wenn es gelingt, die Erhöhung der Konsumgüterpreise zu begrenzen. Die Auszahlungsrückstände bei Renten und Gehältern der Staatsbediensteten sind inzwischen weitgehend aufgeholt (ihr realer Umfang ist auf 50% des Ende 1997 geltenden Wertes gesunken).

Die Arbeitslosenquote (ILO-Konzept) hat im Verlauf von 1999 leicht von 13% auf 12% abgenommen. Es ist jedoch nicht sicher, daß damit der Höhepunkt der Arbeitslosigkeit in Rußland bereits überschritten ist, weil umfangreiche Restrukturierungen in Industrie und Landwirtschaft noch bevorstehen.

Staatshaushalt und Staatsverschuldung

Die Einnahmen des föderalen Budgets stiegen von 11% des BIP auf 14% des BIP, wobei der Anteil der unbaren Zahlungen (barter) von 40% auf 10% sank. Diese günstige Entwicklung war nicht zuletzt durch die verbesserte Gewinnsituation der Unternehmen und die erhöhten Einnahmen aus Akzisen ermöglicht worden. Allerdings kann von einer Konsolidierung der Budgetsituation noch keine Rede sein, solange das Problem der Staatsschulden, die erheblichen Tilgungs- und Verzinsungsaufwand erfordern, nicht gelöst ist: Der föderale Staatshaushalt ist auf viele Jahre durch die Rückzahlung und Verzinsung von Schulden aus der postsowjetischen Zeit sowie durch die alten Sowjetschulden belastet. 1999 wurden alleine ca. 10 Mrd. US-\$ Schuldendienst geleistet. Aus heutiger Sicht – ohne weitere Restrukturierungen – beläuft sich der jährliche Schuldendienst in den Jahren 2000 bis 2012 auf 8 bis 14 Mrd. US-\$. Daher ist der russische Staatshaushalt kaum in der Lage, einen aktiven Beitrag zur Förderung eines Wirtschaftsaufschwungs zu leisten.

Geld- und Währungspolitik der russischen Zentralbank

Die russische Zentralbank steht im laufenden Jahr wie auch in den kommenden Jahren vor der einer Gratwanderung ähnelnden Aufgabe, einerseits die Inflation niedrig und den Rubelkurs möglichst stabil zu halten, andererseits einen Beitrag zur Förderung des Wirtschaftswachstums zu leisten. Niedrige Inflation ist im Interesse der Erhaltung und Erhöhung der Realeinkommen der Bevölkerung unverzichtbar. Ob es aber gelingt, die Erhöhung der Konsumgüterpreise im Jahr 2000 auf ca. 18% zu begrenzen (nach 36,5% im Jahr 1999) und in den Folgejahren noch niedrigere Inflationsraten zu erreichen, ist angesichts der Schuldendienstproblematik fraglich.

Um den Rubelaufwand für den Schuldendienst niedrig zu halten und damit das Staatsbudget zu entlasten, sollte die Zentralbank den Rubelkurs (Ende März 28,5 Rubel pro US-\$) vor einer allzu schnellen Abwertung bewahren. Gleichzeitig erhöht sie aber durch den Ankauf von Devisen von den Banken die inländische Geldmenge. Im Gegenzug sieht sie sich zu einer Erhöhung der für die Banken geltenden Mindestreservesätze gezwungen. Dieses restriktive Mittel der Geldpolitik paßt nicht zu dem Ziel der Regierung, das Wirtschaftswachstum anzuregen. Die vorsichtigen Schritte zur Senkung des Diskontsatzes (Anfang 2000 von 55% auf 45% und Anfang März dann auf 38%) sind ebenfalls von der Notwendigkeit diktiert, Druck auf den Rubelkurs zu vermeiden.

Erst wenn es zu einer verstärkten Nachfrage des Unternehmenssektors nach Bankkrediten käme, die für Investitionen und nicht für Devisenkäufe verwendet werden, könnte die Zentralbank ihren restriktiven Kurs lockern. Paradoxe Weise ist somit die Zentralbankpolitik eher als reaktiver und nicht als aktiver Faktor der Wirtschaftspolitik anzusehen.

Die Gold- und Devisenreserven der ZB beliefen sich Mitte März 2000 auf 15 Mrd. US-\$, das sind über 3 Mrd. US-\$ mehr als ein Jahr zuvor. Freilich haben sie damit noch nicht wieder den Umfang vor der Währungskrise von 1998 erreicht.

Reformstand und Reformfordernisse

Steuerreform

Russische Unternehmer kritisieren übereinstimmend sowohl die Steuerbelastung als auch die Zahl der Steuerarten als zu hoch. Bei der Steuerbelastung nennen sie an erster Stelle das Niveau der Lohnnebenkosten (60%), das vor allem arbeitsintensive Zweige wie den Maschinenbau trifft. Während infolgedessen kleine Betriebe in die Schattenwirtschaft abwandern bzw. schwarze Löhne und Gehälter bezahlen, verschulden sich Großunternehmen zunehmend.¹ Auch der seit Jahresanfang 2000 geltende Gewinnsteuersatz von 30% gilt noch als zu hoch. Dazu kommt die zu breite Basis für die Gewinnsteuer. Russische wie auch westliche Unternehmen fordern u.a. die steuerliche

¹ Èkspert, 44/1999, S. 23-27.

Abzugsfähigkeit von Reise-, Werbungs- und Ausbildungskosten. Auch die russische Umsatzsteuer (Straßenerhaltungssteuer, Steuer für soziale Zwecke) wird kritisiert, weil sie neben der Mehrwertsteuer und der Gewinnsteuer erhoben wird und den Gewinn zusätzlich belastet. Folge des Steuersystems sei, daß ca. 90% der Klein- und Mittelunternehmen (KMU) in die Schattenwirtschaft abgewandert sind.² Die Folge ist, daß die amtlich registrierten KMU in Rußland nur mit 11% zum BIP beitragen, während dieser Anteil in der EU dagegen über 60% beträgt.

Bodenreform

Zwar ist in der Verfassung und durch Ukase von Jelzin der freie Verkauf von Grund und Boden vorgesehen, doch blockierte die Duma die Verabschiedung des von der Regierung ausgearbeiteten Bodenkodex. Die von der Duma im Juni 1998 angenommene Fassung wurde wiederum von Jelzin zurückgewiesen.

Föderale Beziehungen

Es ist bislang nicht gelungen, die Rechte und Pflichten der Föderationssubjekte allgemeinverbindlich festzulegen. Die Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen beruhen, soweit es sich um wirtschaftlich und politisch starke Gebietseinheiten handelt, auf bilateralen Abmachungen. Die Steuerbelastung sowie die finanziellen Transfers zu den Regionen sind ungleichmäßig verteilt und undurchsichtig. Die Zusammenfassung aller finanziellen Beziehungen zwischen Zentrum und Regionen und die Abschaffung von Sonderprivilegien einzelner Gebietseinheiten sollen 2000 erfolgen.

Rechtsstaatlichkeit

Defizite der rechtsstaatlichen Ordnung bestehen, wie vielfältige Stellungnahmen aus Wirtschaftskreisen belegen, u.a. auf folgenden Gebieten:

- geringe Bereitschaft russischer Partner zur Einhaltung von Verträgen,
- geringe Aussichten der Durchsetzbarkeit von Ansprüchen vor Gericht,
- häufige Willkürmaßnahmen unterer Instanzen.

Mittelfristige Aussichten der russischen Wirtschaft

Für 2000 erwarten die meisten Experten ein Wirtschaftswachstum in Höhe von 2-3%, jedoch gehen einzelne Prognosen auch bis 5%. Diese positive Entwicklung ist jedoch nur möglich, wenn die Investitions- und Konsumkonjunktur anspringt, da sich die Einflüsse des Abwertungseffekts abschwächen dürften. Für die Folgejahre strebt die Regierung eine Zunahme der gesamtwirtschaftlichen Produktion um jährlich 5-10% an. Dabei setzt man auf unausgelastete Kapazitäten, die ohne große Investitionen wieder in Betrieb genommen werden könnten. Dabei wird jedoch unterschätzt, daß die Wachstumshemmnisse vor allem auf ordnungspolitischem und organisatorischem Gebiet zu suchen sind.

Einflüsse der Wirtschaftsstruktur

Nach wie vor dominieren die Förderung sowie primäre Verarbeitung von Rohstoffen die russische Wirtschaftsstruktur. Dies kommt besonders klar in der Exportstruktur zum Ausdruck: Über 40% der Exporte bestehen aus Energieträgern, weitere 15% sind Metalle und Metallfabrikate. Nur ca. 10% sind Maschinenbauerzeugnisse und Ausrüstungen. Ein anhaltend hohes Weltmarktpreisniveau für Energieträger begünstigt die Entwicklung der Rohstoffzweige weiterhin. Wenn sich der Erdölpreis seinem langjährigen Durchschnitt von 20 US-\$ pro Barrel annähern sollte, würde zwar die Erdölförderung in

² Kommersant-Daily, 16.3.1999, S. 8.

Rußland nicht schon unrentabel werden, doch würden die Abführungen an den Staatshaushalt erheblich geringer ausfallen.

Investitionsklima, Auslandsinvestitionen

1999 haben sich die Investitionen gegenüber 1998 leicht erhöht, während der Konsum zurückgegangen ist. Dennoch ist die Investitionstätigkeit unzureichend. Die Investitionsquote (Neuanschaffungen) betrug 1999 15%. Indizien für das negative Investitionsklima sind:

- verhältnismäßig niedriges Niveau der ausländischen Direktinvestitionen (1999: 4,3 Mrd. US-\$),
- hohe Kapitalflucht (1999: 15 Mrd. US-\$ gegenüber 25 Mrd. US-\$ im Jahr 1998).

Gründe sind:

- Defizite der rechtlichen Rahmenbedingungen,
- geringe Kaufkraft der inländischen Produzenten,
- unterentwickelte Exportfähigkeit der verarbeitenden Industrie.

Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen

Als Folge der Rubelabwertung sind 1998 und 1999 die deutschen Ausfuhren nach Rußland stark zurückgegangen, weil sich vor allem die russische Bevölkerung die importierten Konsumgüter nicht mehr leisten konnte. Die deutschen Exporte betragen 1998 14,5 Mrd. DM (-12% gegenüber 1997). Man schätzt sie für 1999 auf ca. 10 Mrd. DM (-32% gegenüber 1998). Die deutschen Importe aus Rußland hatten 1998 14,7 Mrd. DM (-14% gegenüber 1997) betragen. Sie beliefen sich 1999 auf ca. 16 Mrd. DM (+11%).³ Zwar bleibt Deutschland damit der wichtigste Außenhandelspartner Rußlands, doch liegt Rußland beim Osthandel Deutschlands hinter Polen, Ungarn und der Tschechischen Republik deutlich auf dem vierten Platz.

Für das Jahr 2000 rechnen einige Beobachter mit einer leichten Erholung der deutschen Ausfuhren nach Rußland, weil sie einen zunehmenden Bedarf an importierten Investitionsgütern erwarten. Dagegen gelten die Aussichten für steigende Konsumgüterexporte nach Rußland wegen der noch anhaltenden Nachfrageschwäche der Bevölkerung nach wie vor als gering. Ob in diesem Jahr bereits mit einer Neugewährung von Hermesbürgschaften (die nach der Augustkrise 1998 blockiert worden waren) zu rechnen ist, wird frühestens nach Abschluß der für Juni anberaumten deutsch-russischen Regierungsgespräche klar werden.

Putins Programm und zu erwartende Maßnahmen

Präsident Wladimir Putin hat sich bislang geweigert, seine Vorstellungen zur künftigen Wirtschaftspolitik zu konkretisieren.⁴ Sein Berater German Gref, Leiter des Moskauer "Zentrums für strategische Studien", der erst Mitte des Jahres ein 500 Seiten starkes, umfassendes Programm vorlegen will, nannte Zielsetzungen wie:⁵

- Stärkung der staatlichen Autorität und Kontrolle, andererseits Rückzug des Staates aus wirtschaftlichen Belangen sowie Begrenzung der Staatsausgaben auf den finanzierbaren Umfang,
- Deregulierung, Abbau von bürokratischen Eingriffen, damit auch Bekämpfung der Korruption.

Präsident Putin drängt hingegen zur Eile und erwartet die Vorlage eines Wirtschaftsprogramms bereits im Mai. Vorweg hat er sich nach Zeitungsberichten bereits für die "radikalste" Variante entschieden,

³ Vgl. Chr. Meier, Nach dem Machtwechsel im Kreml: Deutsch-russische Wirtschaftsbeziehungen vor einem neuen Aufschwung? Teil I: Handel, Aktuelle Analysen des BIOst, 8/2000; wvd Rußland, 63/2000.

⁴ Vgl. auch R. Götz, Die wirtschaftliche Programmatik in Putins Millenniumsbotschaft, Aktuelle Analysen des BIOst, 3/2000.

⁵ Interview mit G. Gref in: Kommersant-Daily, 22.3.2000, S. 1 und 4.

die in zwei bis drei Jahren zu einem zehnpromtigen Sozialproduktwachstum führen soll.⁶ Allerdings fehlen bisher überzeugende Ideen für eine derartige Strategie.

Realistischer sind die Vorstellungen von Ex-Wirtschaftsminister Jewgenij Jassin.⁷ Er rechnet damit, daß zunächst der Steuerkodex, der Bodenkodex (wenn auch in "entschärfter" Form, also ohne echtes Privateigentum an Grund und Boden) sowie Änderungen am Zivilgesetzbuch von der Duma beschlossen werden könnten. Nach seiner Meinung ist aber mindestens ebenso wichtig wie neue Gesetze, daß Gesetze überhaupt beachtet werden. Zur Einhaltung der Gesetze müssen nicht nur die regionalen Instanzen, sondern auch die Steuerzahler sowie die Kapitaleigentümer (Thema Kapitalflucht) bewegt werden.

Um die Effizienz der russischen Wirtschaft zu erhöhen, sollte nach Meinung von Jassin an drei Punkten angesetzt werden:

- Erstens muß der Wettbewerb zwischen den Unternehmen dadurch erhöht werden, daß offene und versteckte Subventionen (darunter die Duldung der Anhäufung von Schulden) abgebaut werden. Gleichzeitig müsse das soziale Netz verstärkt werden, damit es die Leidtragenden der Umstrukturierungen auffangen kann.
- Zweitens muß das Investitionsklima dadurch verbessert werden, daß die Eigentumsrechte besser geschützt und bürokratische Willkür verhindert werden.
- Drittens muß der Staat dadurch gestärkt werden, daß er von den Eigeninteressen (vested interests) der Geschäftswelt unabhängig wird.

Es wird hinsichtlich des letzten Punktes darauf ankommen, ob sich in Rußland die Auffassung Jassins gegenüber der Meinung Boris Beresowskij durchsetzt, der eine Trennung von Macht und Geschäft grundsätzlich nicht für möglich und die Käuflichkeit der Politik als normal ansieht.

Roland Götz

Die Meinungen, die in den vom BUNDESINSTITUT FÜR OSTWISSENSCHAFTLICHE UND INTERNATIONALE STUDIEN herausgegebenen Veröffentlichungen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

⁶ Kommersant-Daily, 31.3.2000.

⁷ Y. Yasin, Vladimir Putin: 100 Days and Four Years Later, in: Moscow News, 12/2000.

© 2000 by Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung – auch auszugsweise – nur mit Quellenangabe gestattet.
Belegexemplare erwünscht.

Bundesinstitut für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Lindenbornstr. 22, D-50823 Köln,
Telefon 0221/5747-0, Telefax 0221/5747-110; Internet: <http://www.biost.de>
E-mail: administration@biost.de

ISSN 0945-4071